

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Willy-Brandt-Platz 1 · Kaiserslautern

An
Frau Oberbürgermeisterin
Frau Beate Kimmel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene-kl.de

Kaiserslautern, 22.8.2025

Grundsatzbeschluss „Einführung einer Verpackungssteuer nach dem Vorbild der Stadt Tübingen“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten um Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung (08.09.2025).

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einführung einer Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild zum 01.01.2027. Ebenfalls nach Tübinger Vorbild wird ein Förderprogramm für steuerpflichtige Betriebe zur Einführung von Mehrweggeschirrsystemen in Höhe eines Volumens von 75.000 EUR aufgelegt, das so bald als möglich starten soll.

Im aktuellen Haushaltsentwurf sollen die erwarteten langfristigen Mehreinnahmen, aber auch erforderlichen Personalkosten (1-2 Stellen zeitlich abnehmend) und Kosten für das genannte Förderprogramm abgebildet werden.

Begründung:

Tübingen hat die Verpackungssteuer 2022 als erste Kommune in Deutschland eingeführt. Die Umsetzung ist erfolgreich gelaufen, die Stadt merklich sauberer und die Resonanz von Bürger*innen sowie Unternehmer*innen weitgehend positiv. Wir haben uns diesem Thema durch eine Anhörung im Stadtrat Kaiserslautern am 13.05.2024 genähert. Damals hat die zuständige Referentin der Stadt Tübingen uns aus erster Hand in einem sehr überzeugenden Vortrag ihre praktischen Erfahrungen erläutert. Zum damaligen Zeitpunkt war aber noch ein Verfahren am Bundesverfassungsgericht in dieser Sache anhängig. Am 27.11.2024 hat das Bundesverfassungsgericht dann das Tübinger Modell als durchweg rechtmäßig beurteilt und die Verfassungsbeschwerde abgewiesen. Damit ist umfassende Rechtssicherheit hergestellt. Im Zuge eines Prüfauftrags des Stadtrates hat die Stadtverwaltung eine Bürgerbeteiligung per Online-Verfahren zu dem Thema in Kaiserslautern durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im AK Haushalt am 26.08.2025 vorgestellt und unterstreichen sehr beeindruckend den Wunsch der Bürgerschaft nach Einführung der Steuer gemäß Tübinger Modell in Kaiserslautern.

Die Steuereinnahmen – welche sich in Tübingen auf mehrere hunderttausend Euro belaufen – können direkt wieder der Stadt in Form von Reduktion der

allgemeinen Müllgebühren zugutekommen. Letztlich verlagern wir mit der Einführung Gebühren verursachergerechter. Zudem decken die Einnahmen die kurzfristigen Kosten bei weitem. Auch wenn es kurzfristig erstmal eine Umstellung wird, werden wir langfristig im Sinne der Nachhaltigkeit, Finanzen und des Stadtbilds alle profitieren.

Wir betonen die Dringlichkeit, endlich wirksam die Vermüllung der Straßen, Plätze und Grünanlagen in der Stadt anzugehen. Wir sind überzeugt davon, dass dieses Thema auch insgesamt mit einem größeren Sicherheits- und Ordnungsgefühl korreliert. Wir legen großen Wert darauf, dass alle in der Entwicklung mitgenommen werden. Neben Informationsveranstaltungen muss es auch konstant Ansprechpersonen in der Stadt geben, an die Unternehmer*innen sich bei der Transformation bei Fragen oder Problemen wenden können. Außerdem soll es ähnlich wie in Tübingen Befreiungen geben, bspw. für Marktbesucher*innen im Rahmen von Kerwen, Festen oder sonstigen kurzweiligen Veranstaltungen. Diese zahlen ohnehin bereits Abgaben für Einmalverpackungen und sollen nicht doppelt belastet werden.

In der Innenstadt, rund um die Mall, am Mitfahrerparkplatz West – der Müll liegt überall. Eine Verpackungssteuer ist ein wirksames und sozial verträgliches Mittel, um Kaiserslautern sauberer zu gestalten. Dabei geht es nicht darum, mehr Geld in die Stadtkasse zu bringen, sondern den Umstieg auf nachhaltige Mehrwegverpackungen anzustoßen.



Tobias Wiesemann
Fraktionsvorsitzender